

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An den
Stellvertretenden Vorsitzenden des Bündnisses
„Rettet die Familie“
Herrn Dr. Johannes Resch
Per Mail

Wahlprüfsteine

Mainz, 22. Januar 2016

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Dr. Resch,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. Dezember 2015 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

1. Betreuungsgeld

Wird sich Ihre Partei im Landtag dafür einsetzen, dass in Rheinland-Pfalz ein Landesbetreuungsgeld für Eltern, die ihre U3-Kinder selbst betreuen, eingeführt wird? Wenn ja, welche Höhe des Betreuungsgeldes strebt Ihre Partei an?

Besser als ein undifferenziertes Betreuungsgeld wären Betreuungsgutscheine. Die FDP strebt flächendeckende frühkindliche Bildungsangebote an, die den Namen in jeder Hinsicht verdienen. Wo keine Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, ist eine Auszahlung von Betreuungsgutscheinen an die Eltern angemessen. Gerade in den Dörfern auf dem Land gibt es oftmals keine staatliche Betreuungseinrichtung in Wohnortnähe, so dass die Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder auf ihre Eigeninitiative angewiesen sind.

2. "Gleichstellungspolitik"

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für eine Beseitigung der sich aufgrund des Elterngeldgesetzes ergebenden Diskriminierung von Eltern mehrerer Kinder einsetzen?

Für die FDP Rheinland-Pfalz heißt Gleichstellungspolitik die Gleichstellung aller Lebensentwürfe. Der Staat darf niemanden aufgrund seines Lebensentwurfes diskriminieren. Das Elterngeld berechnet sich anhand des in den Monaten vor der Geburt des Kindes erwirtschafteten Einkommens. Die FDP Rheinland-Pfalz hält diese Vorgehensweise für vertretbar.

Wird sich Ihre Partei darüber hinaus für eine Gleichberechtigung der Mütter/Väter einsetzen, die ihre Kinder länger als das erste Lebensjahr selbst betreuen?

Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich für die Unterstützung von Familien ein. Diese erfolgt aber nicht nur durch direkte finanzielle Leistungen, sondern auch über staatliche Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir wollen, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung kontinuierlich verbessert wird, damit unsere Kinder ihr Potential voll entfalten können. Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ist ein ganz wesentlicher Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft.

Das Elterngeld soll es den Eltern leichter machen, sich insbesondere direkt nach der Geburt intensiv um ihr Kind zu kümmern, um das Verhältnis zu diesem zu festigen und die Familie zu stärken. Die Erziehungsleistung der Familie in späteren Lebensphasen des Kindes wird z.B. über das Kindergeld honoriert.

Hält es Ihre Partei für mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn der Staat über die gesetzliche Zuerkennung oder Nicht-Zuerkennung staatlicher Leistungen, Eltern in ihrer Entscheidung, wie sie ihre Kinder erziehen, zu beeinflussen versucht, wie das durch die Ausgestaltung des Elterngeldgesetzes und die einseitige Finanzierung der Fremdbetreuung geschieht?

Die Frage, ob ein Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist oder nicht, kann letztendlich nur das Verfassungsgericht entscheiden. Die FDP ist eine Partei der Freiheit und des Rechts. Als solche respektieren wir den Grundsatz der Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit der Justiz. Davon unabhängig ist es für uns wichtig, dass die Eltern in Bezug auf die Form und den Umfang, in welchem sie staatliche Leistungen im Bereich der Kindererziehung annehmen, vollkommen frei und ohne Zwang entscheiden können.

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat auch über eine Korrektur der aktuellen "Gleichstellungspolitik" hinaus, für einen Abbau der schon im 5. Familienbericht beschriebenen "strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien" einsetzen? Wenn ja, in welcher Weise können Sie sich das vorstellen?

Für die FDP Rheinland-Pfalz gehört die Wahlfreiheit des Lebensentwurfes zu den zentralen Themen. Dazu gehört auch Nachteile für Familien, wo immer diese gegeben sind, abzubauen. Wir wollen, dass Familien sich in Deutschland frei entfalten können und vom Staat in den verschiedenen Lebensbereichen unterstützt, aber nicht gegängelt werden. Es sind zunächst einmal die Familien, die entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten wollen. Der Staat sollte nicht normativ in das Leben der Familien eingreifen, sondern dafür Sorge tragen, dass diese den von ihnen gewählten Lebensentwurf diskriminierungsfrei leben können. Nicht die Familien sollen dem Staat dienen und seinen Vorgaben folgen, sondern der Staat den Familien dienen und sich an deren Vorgaben orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

